Klima-Index

im Auftrag von KEMB

April 2023



Indizes

Erklärung der Indexberechnung:

Jede Frage besitzt eine Antwortskala von drei Punkten. Die positive Antwortoption wird mit +100 in den Index eingerechnet, die negative Antwortoption mit -100 und die Mitteloption mit 0. "weiß nicht / keine Angabe" wird aus der Berechnung ausgeschlossen. Durch Durchschnittsberechnungen ergibt sich pro Frage ein Einzelindex, der zu einem Gesamtindex für die beiden Teilbereiche zusammengerechnet wird. Alle Indizes bewegen sich zwischen einem Wert von +100 und -100. Aus diesen beiden Werten ergibt sich der Gesamt-Klima-Index.



Gesamtindex

	1	
		persönliche Lag
		Inwiefern tun Sie die folgenden Dinge persönlich im Alltag
-27,1	+3,1	bevorzugter Kauf nachhaltiger Lebensmittel
-20,7	+55,4	Energiesparer
-28,3	+1,5	Verminderte Nutzung/Weglassen des Autos aus Klimaschutzgründer
-23,6	-28,1	Verzicht auf Fleisch aus Klimaschutzgründer
-11,8	+15,5	Verzicht auf Flugreisen aus Klimaschutzgründer
-20,2	+11,8	
/leinung	Inv	viefern planen Sie, die folgenden Dinge persönlich im Alltag in de nächsten 6 Monaten zu tur
-16,1	+10,3	bevorzugter Kauf nachhaltiger Lebensmitte
-14,6	+56,3	Energiesparer
-8,2	+5,6	Verminderte Nutzung/Weglassen des Autos aus Klimaschutzgründer
-17,1	-19,0	Verzicht auf Fleisch aus Klimaschutzgründer
-20,3	+23,4	Verzicht auf Flugreisen aus Klimaschutzgründer
-13,7	+17,4	Gesamtindex zukünftige persönliche Lage
-15,7	+16,6	Gesamtindex persönliche Lag
+(0,4	
	-27,1 -20,7 -28,3 -23,6 -11,8 -20,2 Meinung -16,1 -14,6 -8,2 -17,1 -20,3 -13,7 -15,7	-27,1 +3,1 -20,7 +55,4 -28,3 +1,5 -23,6 -28,1 -11,8 +15,5 -20,2 +11,8 Meinung Inv -16,1 +10,3 -14,6 +56,3 -8,2 +5,6 -17,1 -19,0 -20,3 +23,4 -13,7 +17,4

Mit +0,4 ergibt sich ein ausgeglichener Gesamtindex, wobei der Gesamtindex zur Lage in Deutschland mit -15,7 weit niedriger ausfällt als mit +16,6 beim Gesamtindex der persönlichen Lage.

Die klimapolitischen Bereiche werden dabei durchweg negativ bewertet (-28,3 bis -11,8) und erreicht somit im Schnitt einen Wert von -20,2. Dieser negative Trend setzt sich auch in der Vorschau auf die Lage Deutschlands fort (-20,3 bis -8,2). Dies ergibt einen Schnitt von -13,7. Die aktuelle persönliche Lage wird hingegen fast durchweg positiv betrachtet (+1,5 bis +55,4), mit Ausnahme des Verzichts auf Fleisch aus Klimaschutzgründen (-28,1), sodass sich hier ein positiver Gesamtindex von +11,8 ergibt. Ähnlich sieht es bei der Erwartung für die persönliche Zukunft aus: Abgesehen vom Verzicht auf Fleischkonsum (-19,0) zeigen sich auch hier überall positive Werte (+5,6 bis +56,3), was sich in einem positiven Gesamtindex zur zukünftigen persönlichen Lage niederschlägt (+17,4).



Einzelergebnisse: variable Zusatzfrage



Methodische Angaben

Feldzeit:

21.04. - 24.04.2023

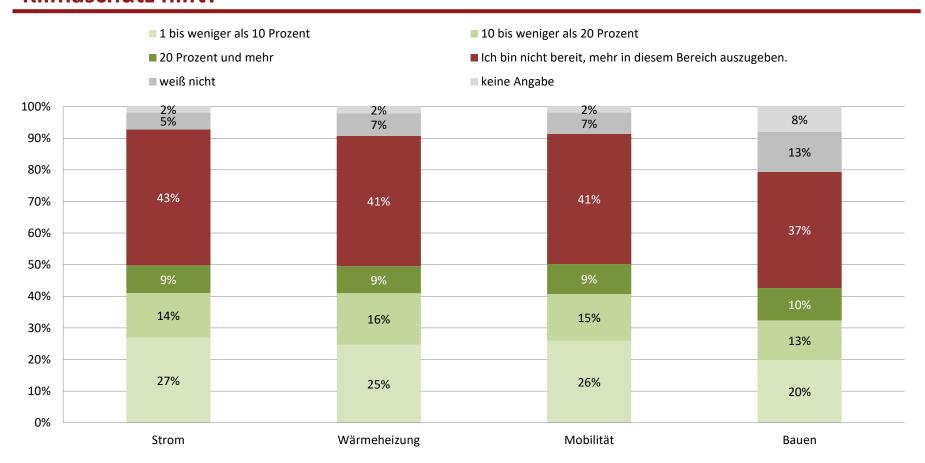
Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung INSA-*Perpetua Demoscopia*.

Stichprobe:

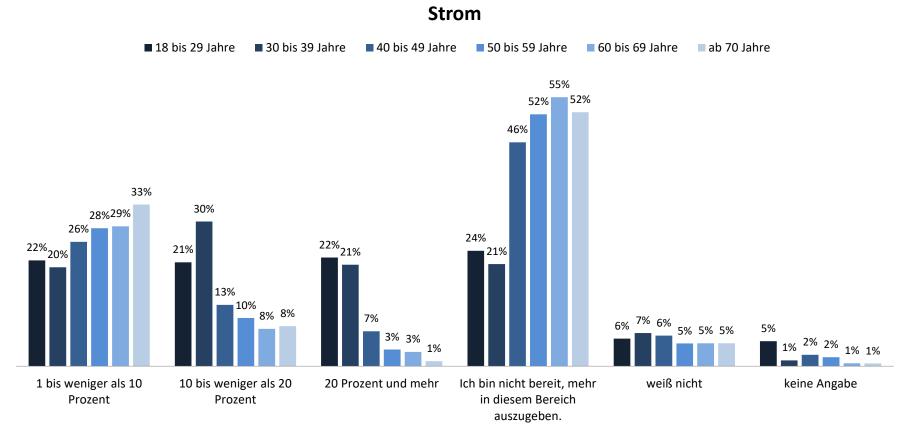
2.004 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.





In sämtlichen genannten Bereichen sind die Befragten jeweils relativ-mehrheitlich nicht dazu bereit, mehr Geld auszugeben, auch wenn es dem Klimaschutz helfen würde, wobei die Anteile von 37 (Bauen) bis 43 Prozent (Strom) reichen. Zwischen 20 (Bauen) und 27 Prozent (Strom) wären dazu bereit, "1 bis weniger als 10 Prozent" mehr zu zahlen, zwischen 13 (Bauen) und 16 Prozent (Wärmeheizung) würden "10 bis weniger als 20 Prozent" und neun (Strom, Wärmeheizung, Mobilität) bis zehn Prozent (Bauen) wären bereit, den Betrag um "20 Prozent und mehr" zu erhöhen.

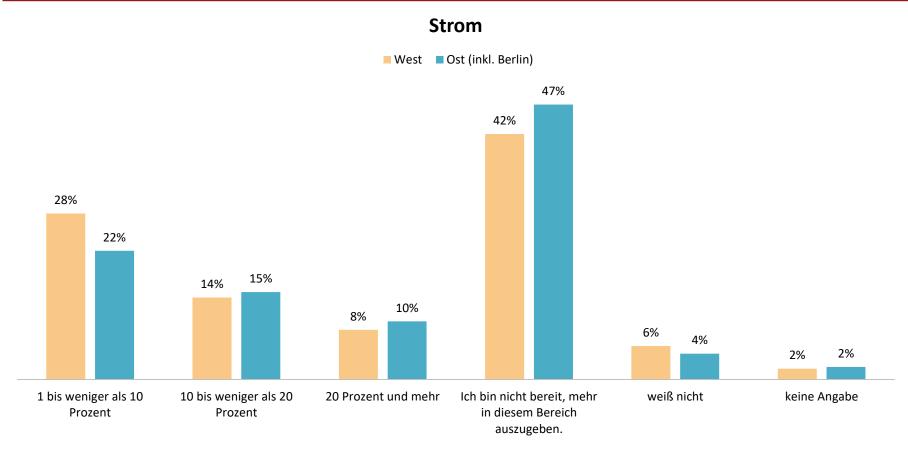




Generell zeigt sich, dass jüngere Befragte ihre Ausgaben für Strom grundsätzlich häufiger erhöhen würden, wenn es dem Klimaschutz dienen würde, als ältere. So zeigt sich, dass Befragte ab 40 Jahren (46 – 55 %) weit häufiger grundsätzlich nicht dazu bereit sind, mehr Geld für Strom auszugeben, selbst wenn es dem Klimaschutz helfen würde (Befragte unter 40 Jahren: 21 bzw. 24 %). Jene zwischen 18 und 39 Jahren (21 bzw. 30 %) würden indes weit häufiger einem Aufschlag von "10 bis weniger als 20 Prozent" (Befragte ab 40 Jahren: 8 – 13 %) zustimmen. Auch "20 Prozent und mehr" würden die beiden jüngsten Befragtengruppen (21 bzw. 22) deutlich häufiger für Strom ausgeben, wenn es dem Klimaschutz helfen würde (Befragte ab 40 Jahren: 1 – 7 %). Gleichzeitig steigen mit dem Alter auch die Anteile derer, die lediglich zwischen "1 bis weniger als 10 Prozent" mehr zahlen würden, von 22 bzw. 20 Prozent bei den jüngeren bis 33 Prozent bei den ältesten Befragten.

Ein ähnlicher Trend zeigt sich auch bei den restlichen Bereichen.

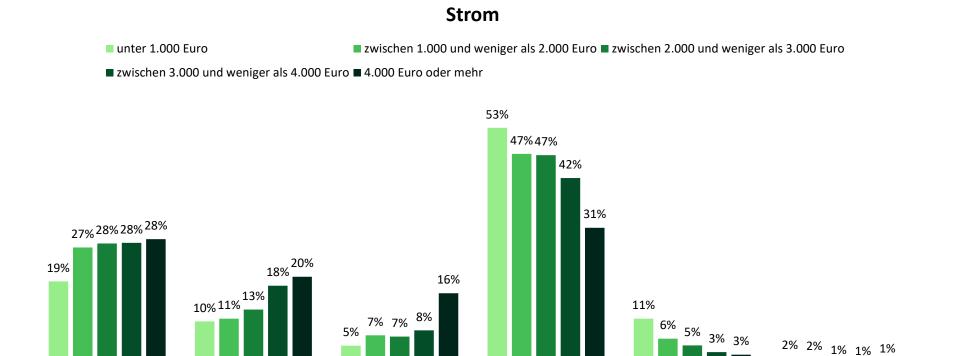




Während Befragte aus dem Westen Deutschland eher als jene aus dem Osten dazu bereit wären, für Strom zusätzlich "1 bis weniger als 10 Prozent" zu zahlen, wenn dies dem Klimaschutz dienen würde (28 zu 22 %), kehrt sich dieses Verhältnis bei denen, die mit keiner finanziellen Mehrleistung einverstanden wären, ins Gegenteil um (42 zu 47 %).

Ein ähnlicher Trend zeigt sich auch bei den Bereichen "Wärmeheizung" und "Mobilität".





Erwartungsgemäß zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Zahlungsbereitschaft und den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln: So sinken mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen die Werte bei jenen, die nicht mehr für Strom ausgeben würden, von 53 Prozent bei jenen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro bis auf 31 Prozent bei den Befragten in der höchsten Einkommensgruppe. Entsprechend umgekehrt verläuft dieser Einkommenstrend sowohl bei jenen, welche "10 bis weniger als 20 Prozent" (von 10 auf 20 %) sowie bei jenen, welche "20 Prozent und mehr" für Strom ausgeben würden, wenn es dem Klimaschutz dienlich ist (von 5 auf 16 %).

Ich bin nicht bereit, mehr

in diesem Bereich auszugeben.

20 Prozent und mehr

Ein ähnlicher Trend zeigt sich auch bei den restlichen Bereichen.

10 bis weniger als 20

Prozent

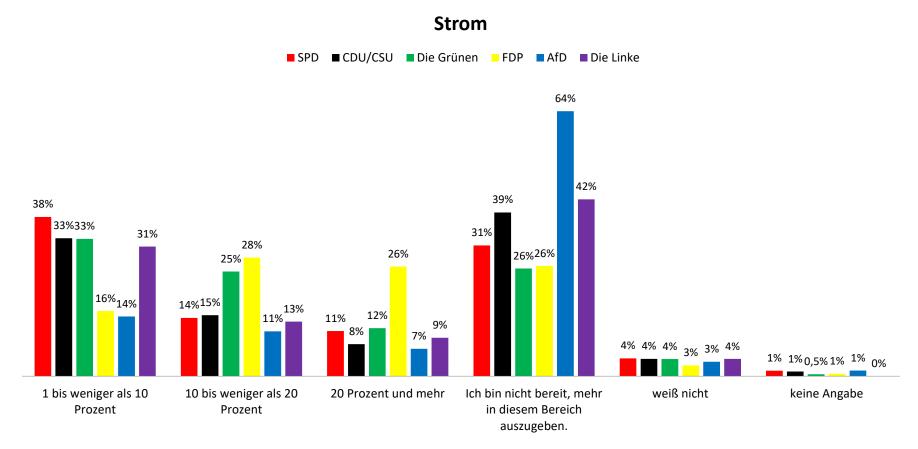


keine Angabe

weiß nicht

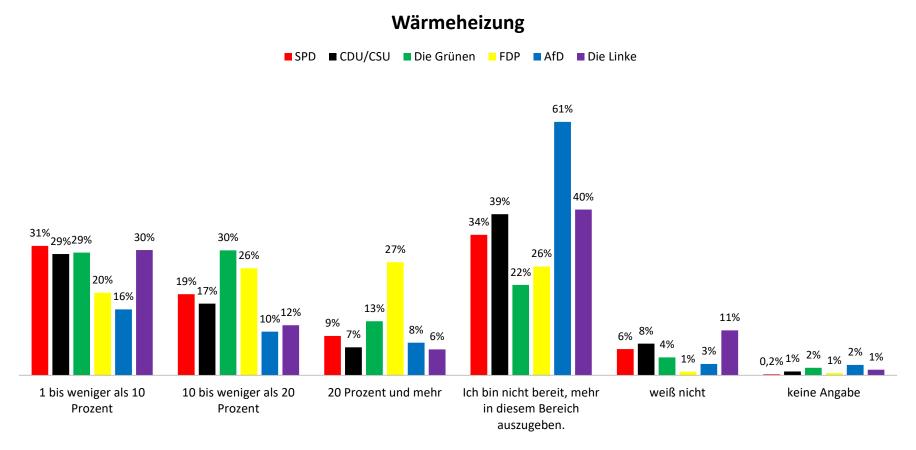
1 bis weniger als 10

Prozent



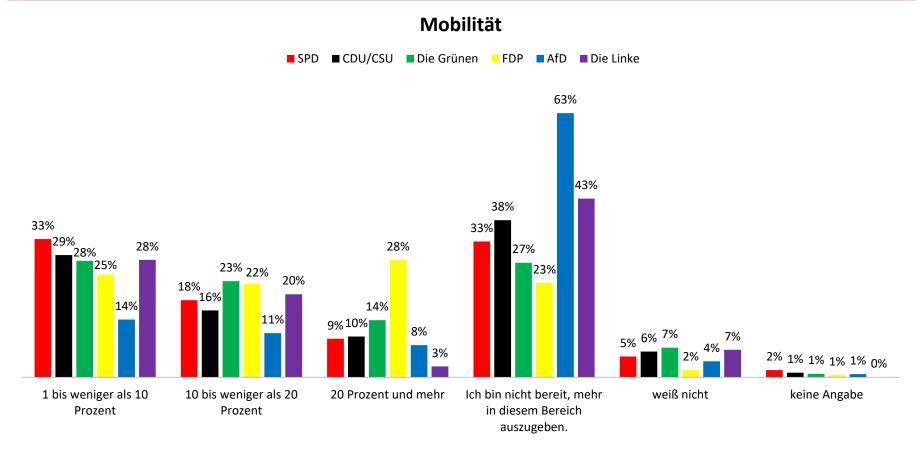
Grundsätzlich sind SPD-(31 %), Grünen- und FDP-Wähler (je 26 %) seltener nicht zu einer Mehrausgabe im Bereich Strom bereit als Unions- (39 %) und Linke-Wähler (42 %) bzw. AfD-Wähler (64 %). FDP- und AfD-Wähler (16 bzw. 14 %) würden vergleichsweise selten "1 bis weniger als 10 Prozent" mehr ausgeben (restliche Wählergruppen: 31 – 38 %). Grünen- und FDP-Wähler (25 bzw. 28 %) sind häufiger dazu bereit, "10 bis weniger als 20 Prozent" mehr auszugeben (restliche Wählergruppen: 11 – 15 %) und FDP-Wähler zudem überdurchschnittlich oft "20 Prozent oder mehr" (26 zu 7 – 12 %).





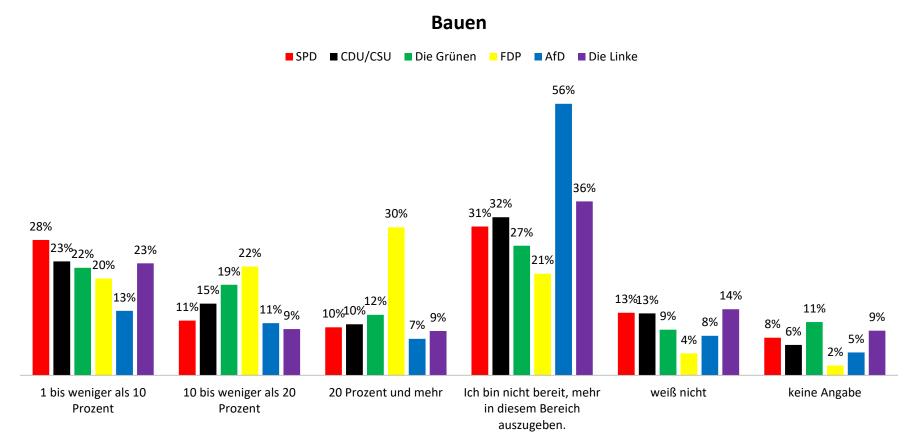
Dass sie nicht mehr Geld für Wärmeheizungen ausgeben würden, sagen Grünen- und FDP-Wähler (22 bzw. 26 %) seltener als dies SPD- (34 %), Unions- (39 %) und Linke-Wähler (40 %) sowie AfD-Wähler (61 %) kundtun. Einer Erhöhung um "1 bis weniger als 20 Prozent" würden FDP- und AfD-Wähler (20 bzw. 16 %) seltener zustimmen als die übrigen (29 - 31 %). Einen finanziellen Mehraufwand von "10 bis weniger als 20 Prozent" würden Grünen- und FDP-Wähler (30 bzw. 26 %) am ehesten akzeptieren (restliche Wählergruppen: 10 - 19 %). FDP-Wähler sehen auch den Wärmeheizungen deutlich häufiger als die anderen Wählergruppen einen finanziellen Spielraum von "20 Prozent und mehr" (27 zu 6 - 13 %).





Auch für Mobilität würden AfD-Wähler deutlich am häufigsten nicht mehr Geld ausgeben (63 zu 23 - 43 %). Dementsprechend würden sie auch seltener "1 bis weniger als 10 Prozent" (14 zu 25 - 33 %) oder "10 bis weniger als 20 Prozent" (11 zu 16 - 23 %) zusätzlich zahlen. Zu einem Aufschlag von "20 Prozent und mehr" wären auch bei der Mobilität am ehesten FDP-Wähler bereit (28 zu 3 - 14 %).





Wiederum würden AfD-Wähler deutlich am häufigsten nicht mehr für den Bereich "Bauen" zahlen wollen (56 zu 21 - 36 %). Umgekehrt am seltensten würden sie dafür zusätzliche "1 bis weniger als 10 Prozent" aufschlagen (13 zu 20 - 28 %). Ähnlich wie bei den vorherigen Elementen wären FDP-Wähler weit häufiger damit einverstanden, ihre Ausgaben für den Aspekt "Bauen" um "20 Prozent und mehr" zu erhöhen, wenn dies dem Klimaschutz nützt (30 zu 7 - 12 %).



Kontakt

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen. Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.

